

## **Österreichische und bayerische Kirchenleitung: Scharfe Kritik am Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zu Eizell- und Samenspenden**

Auf einer gemeinsamen Tagung in Tutzing haben die Mitglieder der evangelischen Kirchenleitungen von Österreich und Bayern das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) scharf kritisiert. Das EGMR hatte Österreich wegen des dort geltenden Verbots der generellen Eizell- und Samenspenden zur in-vitro-Fertilisation (IVF) gerügt. Bischof Michael Bünker und Landesbischof Johannes Friedrich hoben dagegen hervor, es sei ethisch fragwürdig, wenn andere Menschen gefährdet würden, um sich den Wunsch nach einem eigenen Kind zu erfüllen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte trage mit seinem Urteil in fataler Weise zu der Vorstellung bei, dass der weibliche Körper anderen aus kommerziellen Gründen zur Verfügung zu stehen habe. Die Bischöfe warnten in diesem Zusammenhang vor einem weltweiten „Reproduktionstourismus“. Frauen aus sozial benachteiligten Schichten und aus ärmeren Gebieten der Erde könnten so zunehmend in die Lage gebracht werden, zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes Eizellspenden für wohlhabende Menschen zu produzieren. Dies sei unvereinbar mit dem christlichen Menschbild, das keine Kommerzialisierung von Menschenleben gestatte.

Bischof Bünker und Landesbischof Friedrich betonten darüber hinaus, die Humanität einer Gesellschaft zeige sich darin, dass sie die Würde des menschlichen Lebens unabhängig von persönlichem Entwicklungsstand und Fähigkeiten achte und schütze. Individuelles Leben habe seine Geltung unabhängig von Leistungsvermögen und Effizienz. Allerdings fehle auch immer noch eine angemessene Förderung des Potentials von Kindern und Erwachsenen mit Behinderungen. Sie würden viel zu oft auf Defizite reduziert, statt mit ihren Familien ermuntert, genetische Veränderungen zu ihrem eigenen Vorteil und dem der Gesellschaft zu nutzen.

Die Mitglieder beider Kirchenleitungen verständigten sich darauf, die Diskussion um ein humanes Menschenbild europaweit voran zu bringen.

München, 28.April 2010  
Johannes Minkus, Pressesprecher